

**Standort stärken,
Investitionen und
Innovationen fördern,
Selbstblockaden lösen**

Ein Positionspapier des
Wirtschaftsforums der SPD e.V.

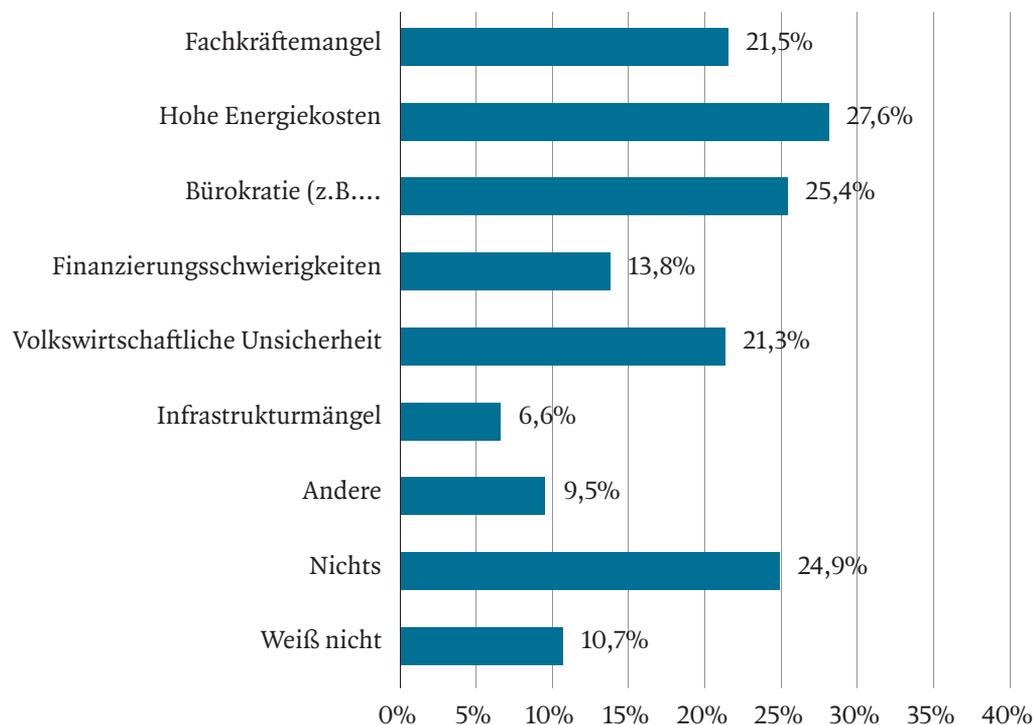
»Mehr Fortschritt wagen« – für einen neuen Aufbruch

Die zwanziger Jahre werden entscheidend dafür sein, ob es gelingt, Transformation, Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und europäische Souveränität zu sichern und zukunftsfähig auszugestalten. Es geht darum, die ökologische Transformation voranzubringen, die digitale Transformation zu beschleunigen, technologische Resilienz zu stärken. Abhängigkeiten, zum Beispiel in der Rohstoffversorgung und zentralen Technologiefeldern müssen reduziert und die Rolle mittelständischer Unternehmen als Innovationstreiber befördert werden. Damit Europa und Deutschland ökonomisch und politisch auch in Zukunft wettbewerbs- und handlungsfähig bleiben. Dazu müssen die Weichen jetzt gestellt werden.

Wir brauchen in Deutschland eine ökonomische Zukunfts- und Aufbruchsagenda mit einem intelligenten Zusammenspiel von Staat, Markt und Unternehmen. Wer „Mehr Fortschritt wagen“ will, darf kein Malefiz betreiben. Das führt zu Selbstblockaden. Zielkonflikte müssen durch klare Prioritätenentscheidungen aufgelöst werden. Dazu müssen alle an der Koalition beteiligten Parteien ihren Beitrag leisten.

Eine aktuelle repräsentative Civey-Umfrage des Wirtschaftsforums hat gezeigt, wo nach Auffassung von Industrie und Mittelstand die hauptsächlichen Investitionshindernisse und wirtschaftlichen Probleme liegen:

Was hält das Unternehmen, in dem Sie arbeiten, Ihrer Meinung nach derzeit davon ab, Investitionen zu tätigen? ☑ Privatwirtschaftliche Entscheider



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 3,8% | Stichprobengröße: 2.000 | Befragungszeitraum: 30.03.23–13.04.23 | Mittelwerte Quartale

Die Ergebnisse des jüngsten Koalitionsausschusses (KoA) haben Bewegung gebracht und in einzelnen Bereichen tatsächlich Fortschritte erzielt. Das reicht jedoch nicht. Wir benötigen jetzt und weiterhin gemeinsame zentrale Zukunftsprojekte in der Koalition, auf die sich die beteiligten Koalitionäre verständigen müssen:

- Eine Industriepolitik für die industrielle Transformation und die Stärkung technologischer Souveränität mit einem Strommarktdesign, das Investitionen in gesicherte Leistung fördert, und einem wettbewerbsfähigen Industriestrompreis bzw. Transformationsstrompreis
- Beschleunigung: LNG-Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Arbeitsmarkt: Kurzfristige Mobilisierung stiller Reserven
- Investitionsorientierte Finanzpolitik
- Investitionsoffensive: Verbesserte Rahmenbedingungen für private Investitionen
- Für eine koordinierte europäische Standort- und Industriepolitik
- Neue Allianzen durch eine offensive Handelsvertragspolitik und Rohstoffpartnerschaften.
- Bezahlbares Wohnen: Mietwohnungsbau durch private Investitionen voranbringen
- Gebäudesektor: Die Wärmewende solidarisch und systemdienlich organisieren.

Der Schlüssel für Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit liegt in Investitionen und Innovationen. Der Inflation Reduction Act (IRA) der US-Regierung hat die Schwächen des europäischen Investitions- und Innovationsmodells offengelegt. Die Antwort darauf liegt in einer mutigen strategischen, ökologischen und digitalen Industriepolitik und dem Aufbau zukunftsfähiger Infrastruktur. Das Gros der notwendigen Investitionen muss und wird aus dem Privatsektor kommen. Der Staat muss durch gezieltes Agieren und intelligente Rahmenbedingungen Investitionen anreizen und Brücken für private Investitionen bauen.

Folgende Kernforderungen sind von entscheidender Bedeutung:

Projekt: Definition von industriepolitischen Leitprojekten und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die industrielle Transformation

Industrielle Wertschöpfung ist ein Kernelement des deutschen Geschäftsmodells. 22 Prozent des BIP stammen aus industrieller Produktion; das ist doppelt so hoch wie in anderen Ländern – etwa den USA, Frankreich und Großbritannien. Nimmt man hochqualifizierte industriennahe Dienstleistungen hinzu, liegt der Anteil industrieller Wertschöpfung bei über 30 Prozent, davon sehr viele mittelständische Unternehmen. Gleichzeitig hilft ein hoher Grad der Industrialisierung dabei, hohe Produktivität und gute Löhne zu sichern, was die soziale Akzeptanz der Transformation gewährleistet.

Die Transformation braucht die Industrie, ohne sie keine Windräder, keine Solaranlagen, keine Halbleiter, kein die Transformation unterstützender Maschinen- und Anlagenbau etc. Transformation und industrielle Wertschöpfung sind kein Widerspruch, im Gegenteil, sie bedingen einander. Europa und Deutschland wollen in der Globalisierung resilienter und souveräner werden, ohne eine wettbewerbs- und leistungsfähige europäische und deutsche Industrie kann und wird das nicht gelingen. Europa und Deutschland brauchen ein abgestimmtes industriepolitisches Konzept, das dies ermöglicht.

Um die strukturelle Transformation der Wirtschaft zu organisieren, brauchen wir einen Konsens über industrielle Leitprojekte in Schlüsselsektoren.

Entscheidend ist, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen für die Bandbreite der Industrie, um den Strukturwandel zu ermöglichen und Strukturbrüche und neue Abhängigkeiten zu vermeiden.

Dazu gehört ganz wesentlich, einen beihilferechtlich abgrenzbaren und sektorspezifischen Industriestrompreis zwischen 5 und 7 c/kWh zum Jahr 2024 einzuführen. Dies ist auch ohne fortgesetzte Markt- und Preisregulierung möglich. Zur Gewährleistung kalkulierbarer Energiepreise für Industrie und Gewerbe bedarf es angesichts eines weiterhin volatilen Marktumfelds einer entsprechend temporären staatlichen Absicherung der Terminhandelsmärkte. Darüber hinaus müssen auch Entscheidungen über ein neues Strommarktdesign getroffen werden, das den notwendigen Zubau von 20-25 GW gesicherter Leistung in Form von H₂-ready Gaskraftwerken und KWK-Anlagen ermöglicht.

Während wir Förderprogramme im Bereich CapEx in der Regel so auslegen, dass erst ein langfristiger Antrags- und Genehmigungsprozess erfolgen muss, bevor überhaupt der erste Stein gesetzt werden darf, fördert der IRA schneller und erfolgreicher notwendige Zukunftsinvestitionen. Europa sollte sich die technologieoffene und unbürokratische Ausgestaltung des IRA zum Vorbild nehmen. Ohne eine zusätzliche OpEx-Förderung wird die Transformation in bestimmten Bereichen der Industrie nicht gelingen und auch der Ausbau und die Modernisierung von Infrastrukturen nicht so erfolgreich sein, wie es notwendig ist. Die unter dieser Prämisse gedachten finanziellen Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre im Bundeshaushalt und der Mittelfristigen Finanzplanung müssen geklärt sein, damit Investitionssicherheit für die Unternehmen geschaffen wird.

Die Rahmenbedingungen für den Hochlauf von Wasserstoffproduktion und notwendiger Wasserstoffinfrastruktur müssen jetzt festgelegt werden. Dazu bedarf es einer Anpassung der Taxonomieregelungen in Europa und eines regulatorischen Rahmens, der private Investitionen in die notwendige Wasserstoffinfrastruktur unterstützt. Das geplante Ownership Unbundling blockiert notwendige Investitionen in den dringend erforderlichen Wasserstoffinfrastrukturausbau. Jede Form von Investitionsblockaden muss beseitigt werden.

Klar ist auch: Die Forschungsförderung muss verbessert und entbürokratisiert werden. Deutschland muss wieder in Schlüsselbereichen zum Innovationsführer werden, davon ist sowohl der Erfolg der digitalen und nachhaltigen Transformation wie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen abhängig. Hierzu gehört auch, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung an universitären Forschungseinrichtungen zu verbessern. Spitzenforschung wird es nicht mit endlosen Befristungen und schlechten Gehältern geben können. Zudem sollten Kooperationen zwischen der Wirtschaft und den Universitäten erleichtert und die Antragsverfahren entbürokratisiert werden. Oftmals scheitern Projekte daran, dass Verfahren schlicht zu langwierig sind.

Projekt Beschleunigung: Für ein LNG-Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren

Ein Schlüssel, um den Standort Deutschland zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen, ist eine deutliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und die Beschleunigung von dafür notwendigen Verwaltungsentscheidungen. An dieser Stelle haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die vergangenen Monate haben allerdings gezeigt, dass schlanke, schnelle Genehmigungsverfahren ein wesentliches Element von Krisenmanagement sind. Das sollten wir auch für die Zukunft berücksichtigen. Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung als aktive Standort- und Ermöglicher-Politik zu begreifen und zudem mit Elementen des klassischen Krisenmanagements anzugehen, ist der richtige Schritt zur Lösung.

Für eine ohnehin vielfach unter dem Fachkräftemangel leidende Verwaltung bedeutet dies Stabstellen schaffen, Leute zusammenziehen und die (natürlich rechtskonforme) Projektumsetzung als Ziel des staatlichen Handelns zu begreifen. Wenn gemeinsam Lösungen gesucht werden, werden auch gemeinsam Lösungen gefunden. Auch dort, wo ein „das haben wir noch nie so gemacht“ oder ein „das geht so nicht“ die schnelle Projektplanung, -genehmigung und -umsetzung zu verhindern droht.

Eine moderne und agile staatliche Verwaltung ist Gelingensbedingung für die Herkules-Aufgabe Transformation. Darüber hinaus trägt eine digitale und moderne Verwaltung direkt zu einer deutlichen Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und wirkungsvollen Daseinsvorsorge bei. Das geplante neue Onlinezugangsgesetz (OZG) muss dabei die Voraussetzungen schaffen.

Das schließt mit ein, dass bürokratische Prozesse neu interpretiert werden müssen. Der bloße Technikeinsatz macht noch keine Digitalisierung; schlechte Prozesse werden auch digital nicht besser. Die Schaffung von Schnittstellen und übergreifenden Standards und die Ende-zu-Ende-Digitalisierung sind wesentliche Voraussetzungen für eine moderne Verwaltung und damit für einen agilen und handlungsfähigen Staat; dieser muss seine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion als Leitanwender der Digitalisierung erfüllen.

Fest steht: Unsere Verwaltung kann schnell. Aus der am Ende operativ beeindruckend bewältigten Flüchtlingskrise und der Coronakrise lässt sich lernen. Voraussetzung ist, die Frage der Planungs- und Genehmigungsverfahren als Krise zu behandeln.

Projekt Arbeitsmarkt: Kurzfristige Mobilisierung stiller Reserven

Die Bundesregierung hat die fehlenden Fachkräfte im deutschen Arbeitsmarkt als zentrales Problem für die Transformation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland erkannt. Die ersten Schritte sind eingeleitet, in dem die Bundesregierung die Frage der Zuwanderung und des Staatsbürgerrechts neu gestalten will. Das ist richtig und mutige Schritte sind erforderlich. Angesichts des Umstands, dass die Zeitenwende ein Deutschlandtempo erforderlich macht, wird die Bundesregierung noch sehr viel stärker auf kurzfristig wirksame Schritte setzen müssen. Dies geht allein durch die Mobilisierung vorhandener Erwerbspotenziale. Dabei sehen wir drei wichtige Hebel: Steigerung der Erwerbsquote älterer ArbeitnehmerInnen auch durch freiwilliges Arbeiten im Rentenalter, eine höhere Frauenerwerbsquote und eine deutliche Absenkung der Rückkehrquoten ausländischer Fachkräfte. Ein weiterer Hebel sind klare und einfache Arbeitsbedingungen für Selbständige in Deutschland:

- Ein starker Hebel für das Arbeitskräftepotenzial liegt in der Aktivierung älterer Fachkräfte. Dazu müssen ältere Beschäftigte möglichst gut und lange in den Arbeitsmarkt integriert werden und bleiben. Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten etwa tragen effektiv dazu bei, Personal im Rentenalter im Unternehmen zu halten, so sie dies möchten. Als weitere Maßnahme zur Steigerung der Alterserwerbsquote sollte die freiwillige Längerarbeit gefördert werden, etwa mit geeigneten steuerpolitischen Anreizmodellen. Zudem könnte eine Ausweitung der Arbeitszeiten von Beschäftigten mit Verlängerungswünschen weitere Erwerbspotenziale erschließen - viele Menschen in Teilzeit und Minijobs würden gerne mehr arbeiten.
- Um höhere Frauenerwerbsquoten zu realisieren, müssen der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten vorangetrieben und flexible, familienkompatible Arbeitszeiten ermöglicht werden. Unsere europäischen Nachbarn wie Schweden sind beste Beispiele dafür wie Familienarbeit – selbstverständlich auch von Männern – und der Beruf übereinandergelegt werden und Potentiale für die Erwerbsquote gehoben werden können, ohne dass Kindererziehung oder Pflegearbeit Nachteile haben.
- Deutschland ist ein angesehenes Einwanderungsland, gerade auch für Fachkräfte. Aber Deutschland hat auch eine der höchsten Rückwanderquoten in der Welt. Die Gründe dafür sind mehrere. Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ist immer noch ein langwieriger Prozess, hier muss ein deutlich pragmatischeres Verfahren gefunden werden. Es fehlt zudem oft an Angeboten, um durch gezielte Fortbildungen erforderliche Nachqualifizierung einfach und schnell erwerben zu können. Hier sollte die Bundesagentur für Arbeit gemeinsam mit den Sozialpartnern einen einfachen, unbürokratischen Weg entwickeln und umsetzen. Bei einschlägiger Berufserfahrung im Ausland könnte etwa auch eine Erwerbstätigkeit auf Probe das Nachholen eines anerkannten Berufsabschlusses (ggf. auch durch gezielte berufsbegleitende Qualifizierung) ermöglichen. Ein weiteres Problem ist, dass wir in der Regel nur die Fachkräfte, nicht aber ihr familiäres Umfeld in den Fokus nehmen. Qualifizierung und berufliche Integration von Familienangehörigen, Betreuungsangebote (KiTa, Ganztagschule etc.) müssen gerade auch für Familien von Fachkräften angeboten werden. Das erfordert mehr sprachliche Offenheit und kostenlose Sprachkurse auch für Familienangehörige.

- In der digitalen Arbeitswelt spielen Selbständige eine wachsende Rolle. Während in der Plattformökonomie Clickworker und Rider oft trotz vollständiger Auftragsabhängigkeit rechtlich als Soloselbständige arbeiten müssen, wollen hochqualifizierte IT-Fachkräfte ihr Wissen in schnellem Wechsel unterschiedlichen Unternehmen zur Verfügung stellen. Während erstere vor prekären Arbeitsverhältnissen geschützt werden müssen, sollen letztere ihre Freiheiten erhalten und in die sozialen Sicherungssysteme eingebunden werden. Daher ist die Verbindung der Initiative zur Plattformarbeit der EU-Kommission mit einer Vereinfachung des Statusfeststellungsverfahrens und die Anerkennung hochqualifizierter Fachkräfte als dauerhaft Selbständige eine sinnvolle Kombination. Zu prüfen ist, wie pauschalierte Einzahlungen in die Arbeits- und die Rentenversicherung für Selbständige, die grundsätzlich oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze verdienen, geleistet werden können.

Projekt investitionsorientierte Finanzpolitik

Die öffentlichen Investitionen haben in den vergangenen Jahren zugelegt, sich aber bei Weitem nicht stark genug entwickelt, um den Rückgang und die Versäumnisse der Vergangenheit wettzumachen. Die Investitionsrückstände belaufen sich laut KfW immer noch auf knapp 160 Milliarden Euro allein auf kommunaler Ebene.

Öffentliche Investitionen des Bundes, der Länder und der Kommunen sollten daher im Rahmen der Schuldenbremse anders behandelt werden. Sie sind keine konsumtiven Ausgaben, sie sind eine wichtige Voraussetzung, um Wettbewerbsfähigkeit und Transformation zu ermöglichen. Auf Landesebene ist die Nutzung von Transformationsfonds, die dem Beispiel des Saarlandes folgen, ein wichtiges Instrument, um zentrale Projekte zur Transformation zu finanzieren. Deutschland braucht eine starke Infrastrukturoffensive. Die Investitionen in funktionierende und wettbewerbsfähige Infrastrukturen müssen kontinuierlich angehoben werden. Dies betrifft die Schiene, die Straße, die Glasfaser, die Energienetze, die Wasserstoffinfrastruktur, das Wasseretz usw. gleichermaßen. Für dezentrale Strukturen gilt es zudem, die kommunalen Investitionsmöglichkeiten zu verbessern, zum Beispiel durch Fortschritte bei der Alt-schuldenregelung der Kommunen.

Zu einer investitionsorientierten Finanzpolitik gehört ebenfalls, Unternehmen mehr Auswahlmöglichkeiten und Unabhängigkeit bei der Finanzierung ihrer Investitionsprojekte zu ermöglichen. Bisher stellen Banken in Europa den Großteil der Investitionsfinanzierungen. Um das notwendige Kapital zu mobilisieren und eine bankenunabhängigere Finanzierung zu erleichtern, müssen Möglichkeiten zur Kapitalmarktfinanzierung eröffnet werden, beispielsweise durch die Ausgabe von Aktien und Anleihen. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Teilnahme am Kapitalmarkt oft noch hohe Hürden dar. Hierfür müssen Fortschritte auf dem Weg zur Kapitalmarktunion konsequent vorangetrieben werden.

Projekt Investitionsoffensive: Für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen

Private Investitionen sind der Schlüssel für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Es muss jetzt Klarheit geschaffen werden, damit Unternehmen ihre Investitionspläne auf den Weg bringen können, auch angesichts attraktiver Rahmenbedingungen in anderen Teilen der Welt.

Daher müssen die Superabschreibungen/Investitionsprämien spätestens zum 01.01.2024 rechtlich verbindlich geregelt sein. Auch die bisherigen Regelungen für Höhe und Zeitraum von Verlustrückträgen müssen so ausgestaltet werden, dass die Investitionsmöglichkeiten von Unternehmen verbessert und gestärkt werden.

Auch die Wachstumsfinanzierung für Startups sollte reformiert werden, denn während wir in Deutschland und in Europa zukunftsfähige Ideen entwickeln, schaffen wir es selten, die Unternehmen und Technologien zur vollen Marktreife zu bringen, viele Startups mit Unicorn-Potenzial werden von außereuropäischen Investoren übernommen. Deshalb brauchen wir ein schlagkräftiges Wachstumsfinanzierungsinstrument für die Startup-Finanzierung ab einem Volumen von 50 Millionen Euro und darüber. Hierzu zählen auch steuerbegünstigte Beteiligungsmodelle für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um darüber Anreize zur internationalen Talentgewinnung zu schaffen.

Projekt: koordinierte europäische Standort- und Industriepolitik

Der IRA hat offengelegt, dass die bisherigen Instrumente der europäischen Transformations-, Investitions- und Industriepolitik zu geringe ökonomische Hebel besitzen, mit langwierigen Abstimmungs- und Genehmigungsverfahren verbunden sind und damit die Transformation und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nicht in dem notwendigen Umfang und der notwendigen Geschwindigkeit voranbringen.

Daher müssen jetzt Entscheidungen getroffen werden, damit die notwendigen finanz-, investitions- und industriepolitischen Leitplanken deutlich werden. Dazu gehört eine Reform der europäischen Fiskalregeln und des europäischen Beihilferechts und eine Verständigung auf zentrale industriepolitische Felder zur Sicherung der Resilienz und Souveränität Europas.

Der Net-Zero Vorschlag der Kommission enthält eine Reihe von wichtigen Eckpunkten. Diese müssen aber weiter konkretisiert und finanziell hinterlegt sein. Wir unterstützen die Einrichtung eines europäischen Souveränitätsfonds, die Definition von Produktionszielen in Schlüsselbereichen und Vorschläge in bestimmten Sektoren, staatliche Finanzierung in großem Umfang zu ermöglichen. Dazu muss es mehr Flexibilität in den Beihilferegelungen geben und es muss klar sein, dass eine solche Flexibilisierung politisch nur dann durchsetzbar sein wird, wenn der europäische Souveränitätsfonds mit frischem Geld ausgestattet wird.

Der europäische Souveränitätsfonds sollte daher mit einem Volumen von 1% des EU-BIPs pro Jahr bis 2030 (auf 2022 bezogen wären dies 158 Milliarden Euro) ausgestattet werden, um wettbewerbsfähige Energiepreise und Transformationsinvestitionen (Ausbau der erneuerbaren Energien, Energienetze, Batteriezelltechnologie etc.) zu stärken und zu unterstützen.

Projekt: Neue Allianzen durch eine offensive Handelsvertragspolitik und Rohstoffpartnerschaften

Deutschland und Europa werden die Herausforderungen nicht ohne internationale Partnerschaften und neue Allianzen bewältigen können. Handelspolitik und Handelsverträge sind nicht nur ökonomisch bedeutsam, sie haben auch eine wichtige geopolitische Funktion und Bedeutung in einer Welt, in der sich die geopolitische Architektur massiv verändert. Und sie muss einen Beitrag dazu leisten, dass Lieferketten diversifiziert werden, Energie-, Rohstoff- und Technologieabhängigkeiten reduziert werden und dass die wachsende Tendenz zu Protektionismus eingehegt wird.

Handelsverträge und offene Märkte unterstützen Wachstum und Investitionen und schaffen Sicherheit für globale Wertschöpfungs- und Lieferketten. Dies ist gerade für Deutschland und Europa mit einem hohen Exportanteil von enormer Bedeutung. Handelsverträge können und müssen Standards setzen. Sie dürfen aber nicht überfrachtet werden mit Maßnahmen und Zielen, die im Rahmen von Handelsabkommen nur schwer zu lösen sind. Auch hier brauchen wir neuen Realismus und Pragmatismus.

Die digitale und nachhaltige Transformation braucht Rohstoffe für Zukunftstechnologien. Ressourcen werden dabei mindestens genauso bedeutsam sein, wie das Thema Energieversorgung und Energiesicherheit. Der Anteil von Rohstoffen, die in Europa gefördert werden, muss und kann in den nächsten Jahren wachsen. Dazu müssen die Voraussetzungen für eine Beschleunigung von Rohstoffprojekten in der EU verbessert werden. Das allein wird allerdings nicht ausreichen. Notwendig sind neue Rohstoffpartnerschaften und Rohstoffallianzen, die den wachsenden Bedarf an strategischen Rohstoffen in der Zukunft befriedigen. Deutschland und Europa müssen eine solche strategische Rohstoffpolitik entwickeln. Entscheidend wird auch sein, dass es gelingt, eine wirkliche Kreislaufwirtschaft in Europa aufzubauen, die einen relevanten und steigenden Anteil zur Rohstoffsicherung und Rohstoffeffizienz leistet.

Es braucht deshalb eine offensive Handelsvertragspolitik der EU und eine Stärkung der Rohstoffpartnerschaften, die auf der einen Seite unsere Abhängigkeiten diversifizieren, auf der anderen Seite aber auch die Kooperationskanäle zu den anderen Regionen der Welt offenhalten. Die Nachhaltigkeitsziele werden mit Blockbildungen und Autarkie nicht zu bewältigen sein, das muss der Politik und der Gesellschaft bewusstwerden. Langfristig sollte die Bundesregierung auf eine Reform der multilateralen Handelsinstitutionen hinarbeiten, um bessere Bedingungen für genuine Freihandel zu schaffen.

Projekt Bezahlbares Wohnen: Mietwohnungsbau durch private Investitionen voranbringen

Die Bundesregierung hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen, vor allem im sozialen und bezahlbaren Segment, zu bauen. Die Bauwirtschaft leidet allerdings unter Lieferengpässen, Arbeitskräftemangel und explodierenden Preisen und gestiegenen Zinsen. Dies führt bereits jetzt dazu, dass die Wohnungswirtschaft vielfach nur noch bereits genehmigte Projekte umsetzt und neue Projekte nicht in Angriff nimmt. Ohne die seit Jahren überbordenden Bauvorschriften sowie die katastrophale Genehmigungssituation endlich strukturell anzugehen, werden wir insbesondere in Phasen hoher Zinsen keinerlei Belebung am Baumarkt sehen.

Hier kann eine neugestaltete Wohnungsbauförderung im geförderten Wohnungsmarkt – auch durch die Einführung der neuen Gemeinnützigkeit – Stabilität und Planungssicherheit ermöglichen, den der frei finanzierte Wohnungsmarkt nicht mehr bietet. Diese Unsicherheit führt aktuell dazu, dass langfristig investierende Fonds (bspw. Deutsche Pensionsfonds) verstärkt auch den Einstieg in den sozialen Wohnungsbau prüfen.

Private Investoren und Immobilienfonds haben u.a. durch die ESG-Kriterien ein großes Interesse an nachhaltigen und sozialen Investments, ein neuer gemeinnütziger Wohnungsbau eignet sich hierfür par excellence. Verbunden mit dem seriellen Holzbau kann der Wohnungsbau zu einer CO₂-Senke werden und so für die Investoren die Ziele „environmental“ und „social“ ideal Verbinden.

Diese Win-Win-Situation gilt es durch gute Förderbedingungen optimal zu nutzen. Viele der Investoren, die geförderte Wohnungen kaufen, sind Versicherungen, Pensionskassen und Versorgungswerke, die langfristig orientiert anlegen, und nicht kurzfristig Rendite orientierte Anleger. Es macht Sinn, dass die Bundesregierung hierfür ein Anreizprogramm aufsetzt und dabei die langfristige Bindung als bezahlbare Mietwohnungen für breite Bevölkerungsschichten absichert. Dabei sollte von Anfang an die Zusammenarbeit mit langfristig orientierten Bestandshaltern wie städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, privaten Unternehmen gesucht und auch die Förderung von Mitarbeiterwohnungen in den Blick genommen werden.

Projekt Gebäudesektor: Wärmewende solidarisch und systemdienlich organisieren

Richtigerweise hat die Bundesregierung erkannt, dass die technologieoffene Wärmewende in Deutschland erheblich an Geschwindigkeit aufnehmen muss. Andernfalls wird Deutschland aufgrund des Gebäudesektors 2045 nicht klimaneutral sein. Zugleich kann die Wärmewende zum größten volkswirtschaftlichen Kostenfaktor der Transformation werden und so zu einem sozialen Sprengsatz für die klimaneutrale Transformation.

Darum ist es wichtig, dass die Dinge vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Nicht gebäudefixierte Lösungen sind der Ausgangspunkt der Wärmewende, sondern der Umbau und Ausbau der Solidarsysteme, der Wärmenetze der Fern- und Nahwärme, auch der LowEx Netze. Klimaneutraler Umbau, Ausbau und auch Neubau von Wärmenetzen müssen im Rahmen einer verbindlichen kommunalen Wärmeplanung zum Ausgangspunkt der Wärmewende werden.

Dabei werden Abwärme sowohl aus der Industrie, der Abfallverwertung und der netzdienlichen Elektrolyse, Großwärmepumpen und Geothermie in allen Varianten eine zentrale Rolle spielen. Erst dort, wo diese Investitionen nicht ausreichen, muss das Einzelgebäude in den Fokus genommen werden. Die Reform des GEG ist dringend erforderlich, allerdings muss es sich in das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung einbetten.

Dazu müssen die kommunalen Investitionsmöglichkeiten verbessert werden, zum Beispiel durch Fortschritte bei der Altschuldenregelung der Kommunen. Die kommunale Wärmeplanung soll den Bürgern Orientierung geben, die kostengünstigste Umsetzung im Blick haben, den Einsatz von Fördermitteln effektiver gestalten und so die Akzeptanz für den Klimaschutz steigern.

Wer Fortschritt will, muss Aufbruch wagen.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)
Heiko Kretschmer (Schatzmeister)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)
Matthias Machnig (Vizepräsident)
Philipp Schlüter (Vizepräsident)
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 400 40 660

Fax +49 (0)30 400 40 666

E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de

Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

April 2023